

# Evangelische Verantwortung

## 40 Jahre EAK der CDU/CSU Klares protestantisches Profil in ökumenischer Offenheit

Peter Hintze

„Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland“ - hieß das Thema der Gründungstagung des Evangelischen Arbeitskreises, die vom 14.-16. März 1952 in Siegen stattfand. 40 Jahre nach seiner Gründung beschäftigt sich der Evangelische Arbeitskreis mit der Vollendung der inneren Einheit in Deutschland. In Berlin, Bonn und Dresden haben wir Deutschlandforen zu den großen Themen „Gerechtigkeit“, „Frieden“ und „Bewahrung der Schöpfung“ durchgeführt. Ganz bewußt haben wir die Themen des Konziliaren Prozesses auf die Situation im vereinten Deutschland bezogen.



**Peter Hintze,**  
Bundesvorsitzender des EAK der  
CDU/CSU: „Als Christen auf dem Weg  
in das geeinte Europa – Dies wird  
Thema unserer Bundestagung am  
25./26.9.92 in Wittenberg sein.“

Im Laufe seiner Geschichte hat sich der EAK zum Ort der Grundsatzarbeit in der Union entwickelt. Die Bundesvorsitzenden, Hermann Ehlers, Robert Tillmanns, Gerhard Schröder, Roman Herzog und Albrecht Martin haben mit ihrer Persönlichkeit das Bild des EAK bestimmt. Klares protestantisches Profil und ökumenische Offenheit haben dabei nie im Widerspruch zueinander gestanden.

In der Grundsatzprogrammkommission der CDU diskutieren wir zur Zeit das „C“ im Namen unserer Partei. Für uns Protestanten in der CDU hat das „C“ seine ungebrochene Gültigkeit. Es steht für die Gemeinschaft von katholischen und evangelischen Christen, die zur Gründung unserer Union führte. Es steht für die gemeinsame Überzeugung,

daß der Mensch von Gott geschaffen und ihm verantwortlich ist. Schließlich steht es für die weltverändernde Kraft, die vom Evangelium ausgeht.

In den neuen Bundesländern wird heute die Frage diskutiert, ob der Hinweis auf die evangelische Verantwortung in einer säkularisierten Welt noch ihr Recht habe. Ob nicht die Christen der beiden großen Konfessionen angesichts der wachsenden Zahl von Nichtchristen über eine neue ökumenische Gemeinsamkeit nachdenken sollten. Diese Frage beschäftigt den EAK seit seiner ersten Stunde.

Der Gründungsvorsitzende des EAK, der damalige Bundestagspräsident Hermann Ehlers, wußte auch von den Bedenken in den eigenen Reihen und stellte darum schon in Siegen fest: „Der Zweck dieser ersten evangelischen Arbeitstagung der CDU in Siegen ist es, einmal Menschen aus allen Teilen Deutschlands zusammenzubringen – evangelische Menschen, die in besonderer Verantwortung in der CDU stehen, und zu versuchen, mit ihnen die wesentlichen gemeinschaftlichen Fragen zu erörtern und sie an ihre besondere Verantwortung zu erinnern. Es ist nicht daran gedacht, daraus ein neues politisches Gebilde wachsen zu lassen, sondern ganz im Gegenteil eine Stärkung der CDU, in der beide Konfessionen sich vor sieben Jahren zu einem gemeinsamen politischen Handeln verbunden haben.“

Hermann Ehlers war geprägt von den Erfahrungen der Weimarer Republik und der Nazi-Diktatur. Er wußte um das schwierige Verhältnis der evangelischen Christen zum Staat: „Wir wissen genau, daß wir darunter leiden, daß auf evangelischer Seite viele Menschen nicht bereit sind, in eine politische Verantwortung zu gehen.“

Das Verhältnis zu Staat und Gesellschaft und das Verständnis des Politischen ist im evangelischen Bereich Gegenstand der Diskussion geblieben. 50 Jahre nach der Barmer Theologischen Erklärung fand in Wuppertal unter dem Motto „Barmen heute – der Christ im Staat des Grundgesetzes“ eine Bundestagung des EAK statt, deren Beiträge Ausdruck des fortgesetzten Bemühens einer Positionsbestimmung zwischen aktiver Mitgestaltung und kritischer Distanz waren.

Heute, nachdem wir die staatliche und kirchliche Einheit in Deutschland wiedergefunden haben, begegnen sich evangelische Christen mit höchst unterschiedlichen Erfahrungen im Umgang mit staatlicher Autorität. Aus dem Erleben von Unterdrückung und Unrecht haben wir gemeinsam zu lernen, um im Sinne der Demokratie-Denkschrift der EKD den Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe zu verstehen.

An der Bundestagung 1990 nahmen zum erstenmal wieder Menschen aus Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen und dem Ostteil Berlins teil. Wir waren froh, mit ihnen „über die Freiheit eines Christenmenschen“ diskutieren zu können. Ich habe auf dieser Tagung gesagt, daß der EAK Brücken bauen muß, daß neben der beabsichtigten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gemeinschaft auch die geistige Wiedervereinigung gelingen müsse. Die Aufgabe bleibt auf der Tagesordnung. Deutschlandsgeschichte hat der EAK nicht zuletzt dadurch erlebt, daß Bundeskanzler Helmut Kohl auf dieser Wuppertaler Tagung den Artikel 23 unseres Grundgesetzes als Königsweg zur Deutschen Einheit bezeichnet hat. So ist es dann ja auch gekommen!

40 Jahre EAK sind für uns nicht nur Anlaß zum dankbaren, aber auch selbstkritischen Rückblick. Wir müssen uns verstärkt um junge Mitglieder bemühen und die Arbeit vor Ort breiter anlegen. Dabei versteht sich der EAK als Ansprechpartner der Kirchengemeinden, Kirchenkreise und Landeskirchen. Unsere Grundsatzarbeit werden wir auch in Zukunft fortsetzen.

Schon heute möchte ich Sie nach Wittenberg einladen. Dort findet am 25. und 26. September 1992 die 33. Bundestagung statt. Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa – darüber werden wir gemeinsam in Wittenberg nachdenken. Wir freuen uns darüber, daß Bundeskanzler Helmut Kohl auf unserer Jubiläumstagung zu uns sprechen wird.

## Die Hochschulen – eine Investition für die Zukunft

Klaus von Trotha

**In den Schlagzeilen der Presse stoßen wir regelmäßig auf Aussagen und Meinungen, die sich kritisch mit dem Hochschulwesen in der Bundesrepublik auseinandersetzen. Die Hochschulen sind zu voll, sie sind zu teuer, sie bilden nicht zeitgemäß aus, das Studium dauert viel zu lange und überhaupt gibt es viel zu viele Studenten.**

Exemplarisch für diese oft undifferenziert vorgetragene Kritik ist ein Kommentar im 1. Heft 1992 der „Wirtschaftswoche“ unter dem Leitwort „Fürstliche Ausstattung“. Der Autor des Kommentars glaubt durch einen Blick in das „Statistische Jahrbuch“ hinreichend Informationen über das Hochschulsystem in der Bundesrepublik zu erhalten, um dann rasch im Vergleich mit amerikanischen Universitäten zur Feststellung einer Ineffizienz der Universitäten zu kommen. Begründet wird diese Ineffizienz mit der Behauptung, daß das wissenschaftliche Personal rund 84.000, das Verwaltungspersonal aber mehr als das doppelte, nämlich 175.000 Personen betrage.

### Vorurteile und Verallgemeinerungen bestimmen das Bild über die Hochschulen

Derartige Schnellanalysen sind dann leicht zu widerlegen, wenn die Bezugsgrößen nachweisbar „falsch“ sind. Der Autor hat wohl übersehen, daß in den aufgeführten Zahlen die Universitätsklinik mit enthalten sind, bei denen vor allem das Pflegepersonal zahlenmäßig ganz erheblich ins Gewicht fällt. Ein quantitativer Vergleich mit amerikanischen Universitäten, zu denen der Autor allerdings keine konkreten Zahlen vorlegt, ist deshalb sinnlos. Von den genannten 175.000 Stellen für nichtwissenschaftliches Personal entfallen rund 90.000 auf die Universitätsklinik, so daß sich die für die Schlußfolgerungen des Autors verwendete Zahl halbiert. Daß es sich bei diesen Stellen überwiegend auch nicht – wie der Autor glauben machen möchte – um Verwaltungspersonal handelt, sondern letztendlich um die Gesamtzahl aller nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter, vom Laborarbeiter bis hin zur Bibliotheksbediensteten, verdeutlicht, wie undifferenziert teilweise argumentiert wird. Bedauerlich bleibt, daß in dieser Form führende Vertreter der Wirtschaft durch eine angesehene Zeitschrift ein falsches Bild erhalten.

Wie ist die Situation an den Hochschulen nun aber wirklich?

### Die Größenordnung des Hochschulsystems in der Bundesrepublik muß neu definiert werden



**Minister Klaus von Trotha, MdL:** Zunächst ist jeder einzelne für seine berufliche Orientierung verantwortlich

Für die Hochschulpolitik in den 90er Jahren stehen zwei Fragen im Vordergrund, die sachgerecht gelöst werden müssen:

- Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem bisherigen Anstieg der Studierenden und der zu erwartenden weiteren zahlenmäßigen Entwicklung?
- Wie wirken sich die notwendigen Maßnahmen zur Erneuerung an den Hochschulen und Forschungsstätten in den neuen Bundesländern auf das Hochschulsystem in der gesamten Bundesrepublik aus?

**Der Beitrag beschränkt sich auf den ersten Fragenkreis, also auf die Situation in den alten Bundesländern, weil sich nur hier ablesen läßt, wie sich**

unter den Rahmenbedingungen einer freiheitlichen Demokratie das Hochschulsystem entwickelt hat. In den neuen Bundesländern wird sich schrittweise die gleiche Entwicklung nachvollziehen, wie sie für die alten Bundesländer bestimmt war. Das gilt insbesondere für die Zunahme der Studentenzahlen.

Die Größenordnung des Hochschulsystems in den alten Bundesländern wurde in der Vergangenheit definiert durch die für die Rahmenplanung nach dem Hochschulbauförderungsgesetz festgesetzten Ausbauzielzahl von 850.000 räumlichen Studienplätzen. Die tatsächliche Studentenzahl heute liegt in den alten Bundesländern fast doppelt so hoch bei 1,6 Mio Studenten. Nun könnte man sagen, diese hohe Studentenzahl sei zu großen Teilen hausgemacht, weil zu viele der Studenten zu lange studieren. Dies ist im Grunde ein sehr gewichtiges Argument, weil dann, wenn es zuträfe, die Hochschulpolitik sich darauf beschränken könnte, Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeiten zu ergreifen, um auf diese Weise die bestehende Überlast abzubauen.

Läßt man einmal die Frage offen, mit welchen Maßnahmen sich überhaupt in nennenswertem Umfang die Studienzeiten verkürzen lassen, und unterstellt einmal, daß eine solche **Studienzeitverkürzung** möglich ist, dann wäre eine Senkung der Gesamtstudentenzahlen auf vielleicht 1,3 Millionen denkbar. Es bleibt dann die Frage, ob es für diese 1,3 Millionen Studenten ein Hochschulsystem mit 850.000 räumlichen Studienplätzen ausreichend wäre, nachdem ja gegenwärtig sogar 1,6 Millionen Studenten verkraftet werden.

Bei der Beantwortung dieser Frage muß man zunächst sehen, daß Studenten mit überlangen Studienzeiten aus ganz unterschiedlichen Gründen ihr Studium nicht abschließen. Es liegt die Vermutung nahe, daß diese Studenten auch die räumlichen Ressourcen der Hochschulen nicht in nennenswertem Umfang in Anspruch nehmen. Nur so läßt es sich auch erklären, daß die Hochschulen bei einer räumlichen Überbelegung von fast 100 % noch nicht kollabiert sind.

Die Situation ist dennoch viel ernster, als dies häufig gesehen wird.

## Die Untertunnelungstheorie ist überholt

Das Problem steigender Studentenzahlen ist nicht neu. In Erwartung steigender Studentenzahlen haben am 4. November 1977 die Regierungschefs von Bund und Ländern im sogenannten „Offenhaltungsbeschluß“ vereinbart, besondere Anstrengungen zu unternehmen, um für die geburtenstarken Jahrgänge Ausbildungs- und Beschäftigungschancen zu eröffnen. Für den Bereich des Hochschulwesens wurde unter Bestätigung des Ausbauziels von 850.000 Studienplätzen vorgeesehen, daß „für eine Übergangszeit bis etwa 1990, so lange die geburtenstarken Jahrgänge verstärkt Studiemöglichkeiten nachfragen, ... unter Berücksichtigung der Rechtslage darüber hinaus weitere Ausbildungskapazitäten (Überlastquote) bereitgestellt werden müssen“.

Von welcher bis etwa 1990 zeitlich begrenzten Überlast die politisch Verantwortlichen damals ausgegangen sind, läßt sich aus dem von Bund und Ländern gemeinsam verabschiedeten 6. Rahmenplan ablesen. Die Vorstellung war, daß eine kurzfristige Spitzenbelastung von rund 1 Million Studenten zu erwarten sein wird. Eine 20%ige räumliche Überbelegung, wie sie damals schon bestand, erschien auch für einen Übergangszeitraum vertretbar, so daß es – wie es im 6. Rahmenplan aufgeführt wird – nur schlüssig erschien, daß mit 850.000 Studienplätzen auch vorübergehend 1 Million Studenten verkraftet werden können.

Bis zum Zeitpunkt der Normalisierung sollte der gedachte Studienberg „untertunnelt“ werden, d. h. es sollte die Überlastsituation vorübergehend durch zeitlich beschränkte Mittel aufgefangen werden. Diese finanzielle Überbrückung ist auch durch verschiedene Programme in den Ländern geleistet worden. So wurden in Baden-Württemberg neben der Bereitstellung von Überlastmitteln ab 1985 200 Fiebigger-Professuren (Besoldungsgruppe C 3 und C 4) bereitgestellt. Zur Verbesserung der Forschung wurde ein Forschungsschwerpunktprogramm eingerichtet und zur Erleichterung von Umstrukturierungsmaßnahmen ein Pool künftig wieder wegfallender Stellen.

Gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern wurde das **Hochschulsonderprogramm I** für besonders belastete Studienfächer, insbesondere die Betriebswirtschaftslehre und die Informatik, auf den Weg gebracht. Es folgte das **Hochschulsonderprogramm II** vor allem zur gezielten Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft.

All diesen Programmen liegt jedoch nach wie vor die Philosophie zugrunde, daß es nur darum geht, eine vorübergehende Überlastsituation zu überbrücken. Die frühere „Untertunnelungstheorie“ wird also mit diesen Programmen in die Zukunft hinein verlängert in der Erwartung, daß in einem absehbaren Zeitraum doch noch ein Ende des Tunnels zu erreichen sein wird. Leider sprechen alle einigermaßen verlässlichen Prognosen dafür, daß der Tunnel unter einem Hochplateau liegt, also innerhalb der einen Prognose überhaupt zugänglichen Zeit bis zum Jahre 2010 nicht mehr an das Licht des Tages führen wird. Konkret heißt das, daß die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre festgelegte Ausbauzielzahl inhaltlich als überholt angesehen werden muß.

Ein Rückgang der Studentenzahlen auf diese 850.000 Plätze, d. h. Erreichung eines Gleichgewichts zwischen angemessener Kapazität und vorhandenen Studenten ist auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Oder wäre es am Ende Aufgabe der Hochschulpolitik, die – möglicherweise viel zu hohen – Studentenzahlen wieder herabzudrücken? Man sollte eine solche Fragestellung nicht sofort mit dem Hinweis, daß dies möglicherweise verfassungsrechtlich gar nicht zulässig wäre, unterdrücken, weil es für die in der Hochschulpolitik Verantwortlichen eine wichtige Ausgangsfrage ist, ob das Hochschulsystem in dieser Größenordnung noch stimmt.

Die Zahl der Studierenden hängt ab von der Zahl der Hochschulzugangsberechtigten und dem prozentualen Anteil, wie viele der Zugangsberechtigten sich für ein Studium entscheiden. Der Anteil der **Hochschulzugangsberechtigten** ist in den vergangenen 20 Jahren konstant angestiegen. Er lag Anfang 1970 bei rund 11 % und beträgt gegenwärtig etwa 32 %. Auf mittlere Sicht wird bundes-

weit mit einer Hochschulberechtigtenquote bezogen auf einen Altersjahrgang von 40 % gerechnet. Nicht zuletzt in Zusammenhang mit der seit einer Reihe von Jahren andauernden Hochkonjunktur ist auch der Anteil derjenigen, die sich für ein Studium entschieden haben, schrittweise gestiegen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann man deshalb eine Studierquote von 80 % der Hochschulzugangsberechtigten ansetzen. Rechnerisch bedeutet das, daß rund 32 % eines Altersjahrgangs studieren. Ist dieser Anteil am Ende zu hoch?

Man muß sich zunächst davor hüten, auf diese außerordentlich schwierige Frage zu vorschnell eine Antwort zu geben. Wer in der zweiten Hälfte der 70er Jahre im Zusammenhang mit der Diskussion über die Entwicklung der Studentenzahlen die Meinung vertreten hätte, daß der Spitzenwert der Studentenzahlen nicht etwa bei 1 Million, sondern bei 1,6 Millionen und eventuell auch mehr liegt, der hätte vermutlich nur Hohngelächter geerntet. Man hätte ihn darauf hingewiesen, daß mit einer solchen Zahl nur arbeitslose Akademiker herangezogen würden. Allein, die eingetretenen Entwicklungen im Zeitraum von 1980 bis 1990 zeigen uns, wie schwierig eine einigermaßen verlässliche Prognose nur für einen kurzen Zeitraum von zehn Jahren ist. Provokativ könnte man die Frage aufwerfen, wie der Arbeitsmarkt für Akademiker heute aussähe, wenn tatsächlich nur bis zu 1 Million Studenten studiert hätten und heute nur noch 850.000 an den Hochschulen studieren würden.

## Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt

In einer ganzen Reihe von Berufen wird nach wie vor **guter wissenschaftlicher Nachwuchs gesucht**. Der Bedarf an Hochschulabsolventen wird sogar bis Mitte und Ende der 90er Jahre in vielen Bereichen noch steigen, weil dann zum Teil überproportionaler Ersatzbedarf auftritt. Das bedeutet nicht, daß für jeden Akademiker ein sicherer Arbeitsplatz prognostiziert werden kann. Eine solche Aussage wäre überhaupt nur bei Vorliegen ganz exakter Zahlen für einzelne Ausbildungs- und Berufsfelder, die sich direkt entsprechen, möglich. Bei den fortlaufenden Veränderungen der Anforderungen

auf dem Arbeitsmarkt stellt sich auch die Frage, ob derartig enge sektorale Betrachtungen eine geeignete Grundlage für hochschulpolitische Entscheidungen sind, weil die Bedingungen zum Zeitpunkt des Studienbeginns sich bis zum Ende des Studiums, also etwa sechs Jahre später, wesentlich verändert haben können.

Die Studie „**Arbeitslandschaft 2000**“ der Prognos AG und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der BfA kommt bei einer globalen Betrachtung zum Ergebnis, daß die Zahl der erwerbstätigen Hochschulabsolventen von 2,8 Millionen (davon 1 Million Fachhochschulabsolventen) im Jahr 1987 auf rund 5 Millionen Hochschulabsolventen (darunter 1,9 Millionen Fachhochschulabsolventen) im Jahre 2010 steigen wird. Diese Zahl ist letztlich in der Tendenz eine verlässlichere Grundlage als eine zu starke Einengung auf sektorale Berechnungen.

Der Staat muß sich zudem davor hüten, seine Bildungs- und Hochschulpolitik zu eng an scheinbar verlässlichen Bedarfsgesichtspunkten zu orientieren. In einer freiheitlich demokratischen Ordnung ist zunächst einmal der einzelne für den Weg, den er im Bildungswesen nimmt, und für seine berufliche Orientierung verantwortlich. Es ist auch nicht Aufgabe des Staates, ihm nach seiner beruflichen Entscheidung die Sicherheit eines bestimmten Arbeitsplatzes zu gewährleisten. Auch dies ist zunächst Aufgabe des einzelnen, sich im Wettbewerb mit anderen seinen Platz im Arbeitsleben zu sichern.

Zu welchen strukturellen Deformationen ein an staatlichen Interessen orientiertes System der Bedarfslenkung führt, haben Teile des Hochschulsystems der früheren DDR gezeigt. Hochschulpolitik darf sich auch nicht vordergründig zu einseitig an dem Gedanken der Nützlichkeit einzelner Studiengänge für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung orientieren. Hochschulpolitik bedeutet eben nicht nur Fortentwicklung der Technologien und der wirtschaftlichen Kräfte, sondern auch Fortentwicklung der kulturellen und geistigen Werte. Ein Kulturstaat darf deshalb die Geistes- und Sozialwissenschaften nicht vernachlässigen.

## Eine hohe Qualität der Hochschulausbildung muß gewährleistet sein

Akzeptiert man die Notwendigkeit der gestiegenen Studentenzahlen, so steht bei der Frage nach den Konsequenzen daraus eine Frage im Mittelpunkt: **Wieviel können die Länder finanziell für ihre Hochschulen aufbringen** und welche Studentenzahlen können mit den verfügbaren Mitteln dann auch wirklich qualitativ ausgebildet werden. Eine Öffnung der Hochschulen ohne Rücksicht auf die Sicherung einer qualitativ unanfechtbaren Ausbildung wäre unverantwortlich. Die angesprochene Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Industrienationen ist nämlich nur gewährleistet, wenn auch das **Niveau der Ausbildung** qualitativ ist.

Es wäre deshalb eine falsche Politik, möglichst viele unter Inkaufnahme eines Qualitätsverlustes der Ausbildung durch die Hochschulen zu schleusen. Der Offenhaltungsbeschuß der Ministerpräsidenten im Jahre 1977 ging noch von der Prämisse aus, daß es sich hier um eine zeitlich begrenzte Überlast handelt. Sollte die Belastung, wie sie in den 80er Jahren für die Hochschulen bestand, zur Dauersituation werden, dann kann dies nicht ohne Schaden für das Gesamtsystem bleiben.

Die Konzentration auf die hohen Studentenzahlen darf nicht zu einer finanziellen Unausgewogenheit zwischen Forschung und Lehre ausschließlich zugunsten der Lehre führen. Die Möglichkeiten der Hochschulen, dies durch Einwerbung von Drittmitteln für Forschungsvorhaben zu kompensieren, sind nahezu erschöpft. Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer Forschungsförderung auch in den neuen Bundesländern, spitzt sich die Situation für die Hochschulen in den alten Bundesländern im Bereich der **Forschungsfinanzierung** immer mehr zu. Die Attraktivität der Hochschulen droht auf breiter Front abzunehmen. Das zeigt sich bei der Besetzung von Lehrstühlen in gleicher Weise wie bei dem Heranziehen von wissenschaftlichem Nachwuchs.

Warum sollte ein junger Wissenschaftler für ein sehr viel niedrigeres Gehalt an der Hochschule bleiben, um sich dort weiter zu qualifizieren, wenn

ein attraktives Angebot aus der Wirtschaft winkt und die Arbeitsbedingungen dort deutlich besser sind als an den Hochschulen?

Das Problem liegt dabei vor allem in der Kumulation der verschiedenen Faktoren zu Ungunsten der Hochschulen. So mancher junger hervorragender Wissenschaftler wäre bereit, Abstriche bei seinen persönlichen Bezügen in Kauf zu nehmen, wenn an den Hochschulen bessere Bedingungen für seine Arbeit bestünden.

Im Ergebnis ist damit festzustellen, daß die gegenwärtige Situation der Hochschulen in den alten Bundesländern durch eine erhebliche **räumliche und personelle Überlast** gekennzeichnet ist. Die Ursache für diese Situation liegt darin, daß als Bezugsgröße für das Hochschulsystem in den alten Bundesländern nach wie vor von 850.000 Stu-

dienplätzen zuzüglich eines weiteren räumlichen Ausbaus von rund 50.000 Plätzen für die Fachhochschulen ausgegangen wird. Dies entspricht aber nicht mehr der mittelfristig auf Dauer notwendigen Größenordnung des Hochschulsystems. Die Bezugsparameter haben sich wesentlich nach oben verschoben, so daß auch eine Korrektur der Ausbauzielzahl unvermeidbar ist.

## Qualität der Ausbildung erhalten

Es geht aber nicht nur um die Verbesserung der räumlichen Situation, sondern in gleicher Weise auch um eine Verbesserung der personellen und sächlichen Ausstattung der Hochschulen. Daß dieses nicht auf einmal geschehen kann, ist selbstverständlich. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der

Länder ist ein begrenzender Faktor. Wenig hilfreich wäre es allerdings, die Situation der 80er Jahre einfach in die 90er Jahre hinein fortzuschreiben.

Zur Erhaltung der Qualität der Ausbildung an den Hochschulen gibt es hier theoretisch die Möglichkeiten, entweder über zusätzliche Ressourcen eine weitere Offenhaltung sicherzustellen, oder aber unter Berücksichtigung der Belastung einzelner Studiengänge am jeweiligen Standort Zulassungsbeschränkungen vorzusehen. Der Numerus clausus wäre insoweit kein Instrument zur generellen Begrenzung der Studentenzahlen, sondern ausschließlich ein Notinstrument, um die Qualität der Ausbildung nicht zu gefährden.

**Anm.:** Klaus von Trotha ist Minister für Wissenschaft und Kunst in Stuttgart. Er ist stellvertretender Landesvorsitzender des EAK-Baden. ■

## Ausbildung heute – Perspektiven für morgen Zukunftsorientierte Bildungspolitik in Europa

Norbert Lammert

**Jeder, der heute einen Ausbildungsgang durchläuft, wird seine künftige Berufstätigkeit auf einem europäischen Arbeitsmarkt absolvieren. Der bevorstehende europäische Binnenmarkt stellt den Testfall für die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems dar; von besonderer Bedeutung sind dabei Fragen wie die Dauer der Ausbildungszeiten in Deutschland, die Anforderungen an Inhalte und Abschlüsse von Ausbildungsgängen sowie die Anerkennung von Qualifikationen in Europa.**

Das deutsche Bildungssystem hält im Vergleich mit anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft durchaus Stand. Diese Feststellung gilt auch mit Blick auf die Bildungseinrichtungen in den neuen Ländern; hier werden alle Anstrengungen für den notwendigen Strukturwandel in Schule und Hochschule, in der beruflichen Bildung und Weiterbildung unternommen. Der allerdings vorhandene Reformbedarf im deutschen Bildungswesen wird deshalb in der Öffentlichkeit eher unter- als überschätzt. Der künftige europäische Arbeitsmarkt muß allemal ein Anlaß sein, das deutsche Bildungswesen und die Trends im Bildungsverhalten der Bürger einer sorgfältigen Analyse zu unterziehen.

Angesichts eines seit Jahrzehnten kontinuierlichen Trends zu höherwertigen Schullaufbahnen und Bildungsabschlüssen verwundert es nicht, wenn nach jüngsten Umfragen mehr als 50 % aller Eltern für ihre Kinder den Besuch

Bedarf an einem qualifizierten Schulabschluß unterhalb der „Mittleren Reife“, so daß Überlegungen notwendig sind, wie ein eigenständiger Hauptschul-Bildungsgang im Rahmen eines differenzierten gegliederten Schulsystems möglich ist. Die Schulgesetze der neuen Länder weisen hier auf interessante Modelle hin.

Die durchschnittlichen Ausbildungszeiten in Deutschland sind im internationalen Vergleich zu lang. Ein Student macht in den alten Bundesländern im Durchschnitt erst nach 13 Semestern und im Alter von mehr als 28 Jahren sein Examen und hat damit einen erheblichen Wettbewerbsnachteil im Vergleich zu anderen europäischen Hochschulabsolventen, die in diesem Alter oft bereits über eine mehrjährige Berufserfahrung verfügen. Die notwendige Verkürzung der Ausbildungszeiten muß eine größere Flexibilität beim Einschulungsalter, die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre sowie die Verkürzung der Studienzeiten auch durch Schaffung neuer kürzerer berufsqualifizierender Studiengänge einbeziehen.

Derzeit stehen 1,75 Mio. Studenten etwa 9000.000 Studienplätze zur Verfügung. Dies macht einen weiteren Ausbau der Hochschulen unumgänglich. Dabei muß dem Ausbau von Fachhochschulstudienplätzen Priorität eingeräumt werden. Allerdings ist bei einer Abiturientenquote pro Jahrgang von inzwischen 30 % (alte Länder) mit



**PSts. Dr. Norbert Lammert, MdB: Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung erreichen!**

eines Gymnasiums, dagegen weniger als 10 % eine Hauptschulausbildung wünschen. Dennoch gibt es weiterhin

weiter steigender Tendenz die Frage klärungsbedürftig, ob die mit dem Abitur verliehene „Allgemeine Hochschulreife“ nach wie vor als Nachweis der Eignung für jeden beliebigen Studiengang ausreicht. Die hohen Abbrecherquoten in den ersten Semestern legen die Schlußfolgerung nahe, daß sich die Hochschulen im Rahmen ihrer vorhandenen Kapazitäten an der Auswahl der für die einzelnen Studiengänge geeigneten Studenten beteiligen müssen, zumal in solchen Fällen, in denen bundesweit keine ausreichende Zahl an Studienplätzen für alle Bewerber zur Verfügung steht. Eine Ausweitung des bereits jetzt in 11 Fächern bestehenden Numerus clausus ist die am wenigsten geeignete Methode, eine begrenzte Zahl von Studienplätzen zu vergeben. Fachorientierte differenzierte Zulassungsverfahren durch die Hochschulen selbst sind möglich und nötig.

## Laufbahnen durchlässig machen

Der unabhängig von Neigung und Eignung wachsende Drang zum Abitur und zum Hochschulstudium ist nicht zuletzt die Folge der mit dem Studienabschluß in aller Regel verbundenen überdurchschnittlichen Einkommenserwartungen und beruflichen Entwicklungschancen. Die öffentlichen wie die privaten Arbeitgeber müssen auch für nichtakademische Ausbildungen Laufbahnen durchlässig machen und faire, leistungsorientierte Aufstiegschancen bieten. Nur so läßt sich die Privilegierung akademischer Ausbildung abbauen und die tatsächliche Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung erreichen.

Der zu Recht gerühmten dualen Berufsausbildung droht ein Akzeptanzverlust in genau dem Moment, in dem dieses System sich international durchzusetzen beginnt: 1991 gab es erstmals mehr Studierende als Auszubildende in Deutschland. Der absehbare Facharbeitermangel als eigentliche Wachstumsbremse der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung muß verhindert werden. Dazu gehört die Wiederherstellung der Attraktivität einer praktischen Berufsausbildung, die zugleich als Sackgasse erscheinen darf. Die Durchlässigkeit in andere Bildungsgänge muß erhöht und deshalb auch beruflich besonders Qualifizierten bei entsprechender Eignung verbesserte Möglichkeiten des Hochschulzugangs eingeräumt werden.

**Weiterbildung** muß zur vierten, weitgehend von nichtstaatlichen Anbietern getragenen Säule des Bildungssystems und zum systematischen Bestandteil der Berufstätigkeit werden, denn weder eine berufliche noch eine akademische Erstausbildung reichen heute für eine erfolgreiche lebenslange Berufsausübung aus. Die Unvermeidlichkeit von regelmäßiger und organisierter Weiterbildung macht eine neue Verteilung der Aus- und Weiterbildungszeiten im Lebenszyklus erforderlich; dies ist ein noch unausgeschöpftes Aufgabenfeld sowohl der Tarif- wie auch der Bildungspolitik.

## Bildung im geeinten Europa

In der europäischen Entwicklung liegen wesentliche Chancen unserer nationalen Entwicklung. Ohne den Beitrag des Bildungswesens wird die Verwirklichung des Binnenmarktes und die Schaffung einer Europäischen Union nicht gelingen. Deshalb hat auch die Feierliche Deklaration zur Europäischen Union, die am 18. Juni 1983 unter Präsidentschaft von Bundeskanzler Helmut Kohl vom Europäischen Rat in Stuttgart angenommen worden war, den besonderen Beitrag von Bildung und Kultur für die Verwirklichung einer Europäischen Union ausdrücklich herausgestellt.

Der europäische Gipfel in Maastricht im Dezember 1991 hat folgerichtig auch die bislang unklaren Zuständigkeiten der EG im Bereich von Bildung und Ausbildung präzisiert und Vorschläge zur Ergänzung bzw. Abänderung der Römischen Verträge vorgelegt, ohne daß die grundsätzliche Zuständigkeit und damit eben auch die bildungspolitische Verantwortung der Mitgliedstaaten der EG angetastet werden.

Auch künftig wird die Förderung der bildungspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten Hauptaufgabe der Gemeinschaft sein. Dies bedeutet insbesondere die Förderung des Fremdsprachenlernens, der Mobilität, der Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen sowie des Informations- und Erfahrungsaustausches über die Bildungssysteme der Mitgliedstaaten.

Seit 1986 hat die EG sieben größere Aktionsprogramme (ERASMUS, COMETT, LINGUA, PETRA, EUROTECHNET und FORCE sowie TEMPUS) ins Leben gerufen und hier-

für 1991 über 162 Mio. ECU zur Verfügung gestellt, mit denen die praktische Bildungszusammenarbeit in Europa gefördert wird.

Nunmehr muß sich ebenso die nationale Bildungspolitik um die europäischen Dimensionen von Bildungspolitik und Bildungsinhalten kümmern. Wir brauchen Kenntnis ebenso über die anderen nationalen Bildungssysteme wie über allgemeine Trends auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Insbesondere müssen aber auch unsere Ausbildungsinhalte in Schule, beruflicher Bildung und Hochschule stärker als bisher europaorientiert sein.

Europa reicht weit über die Mitgliedstaaten der EG hinaus. Dabei ist nicht nur an die europäischen Länder zu denken, die bereits einen Antrag auf Aufnahme in die EG gestellt oder angekündigt haben; in die künftige europäische bildungspolitische Kooperation sind insbesondere auch die Staaten Mittel- und Osteuropas einzubeziehen. Den bereits ins Leben gerufenen EG-Kooperationsprogrammen wie TEMPUS und PHARE werden weitere mit der fortlaufenden europäischen Integration abgestimmte Programme folgen müssen, damit die Bildungseinrichtungen und vor allem aber die Menschen der Nicht-EG-Mitgliedstaaten immer mehr in den Prozeß der europäischen Bildungszusammenarbeit einbezogen werden.

## Bildung als Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung

Die europäische Integration und die wiedererlangte staatliche Einigkeit Deutschlands, die Überfüllung der Hochschulen und die kritische Situation der Hauptschulen erfordern eine kritische Überprüfung, ob unser Bildungssystem noch den künftigen Anforderungen gerecht wird. In einer seit Jahren überfälligen bildungspolitischen Grundsatzdebatte muß der unaufgebbare Zusammenhang von Bildungssystem und Beschäftigungssystem wiederhergestellt werden, der in Deutschland zunehmend verloren zu gehen droht.

Die Orientierung des Bildungssystems an den Entwicklungen und Anforderungen des Arbeitsmarktes kann aber nicht bedeuten, daß die für Berufsfindung und -fähigkeit zu Recht erwartete Hilfestellung und Förderung Bildung allein auf Verwertungsaspekte einer künftigen Berufstätigkeit reduziert: Die klassische Funktion von Bildung als Beitrag zur umfassenden Per-

sönlichkeitsentwicklung wird vor dem Hintergrund des beschleunigenden gesellschaftlichen Wandels und der damit verbundenen individuellen Chancen wie aber auch Probleme immer wichtiger. Politik ist auch weder legitimiert noch in der Lage, individuelle Bildungserwartungen und Bildungslauf-

bahnen zu reglementieren oder gar zu quotieren. Prinzipien einer zukunftsfähigen Bildungspolitik der Unionsparteien, die Leistungsbereitschaft fordert und fördert, sollten daher sein: individuelle Eignung und Neigung sowie institutionelle Differenzierung und Durchlässigkeit. Die bildungspoliti-

sche Programmatik der Unionspartei muß überprüft und für die 90er Jahre neu formuliert werden.

**Ann.:** Dr. Norbert Lammert, MdB, ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. ■

## Zur Situation der Schule – Aus kirchlicher Sicht –

Harald Bewersdorff

**Schulentwicklungsfragen haben dramatische Formen angenommen. Während es offenbar noch immer nicht gelingt, die parteipolitisch verhärtete Diskussion um die Schulreformen aufzubrechen, haben Eltern längst über die Bildungswege ihrer Kinder mit den Füßen abgestimmt. Eine Schulform, nämlich die Hauptschule, stirbt dabei einen schleichenden Tod. Durch den Elternwillen verändert sich auch das Gymnasium zur Schulform für alle. Nicht anders sind die Anmeldezahlen, die inzwischen über 50 % eines Jahrgangs liegen, zu verstehen.**

Freilich kann man einem solchen Trend auch positive Seiten abgewinnen, zeigt sich hierin doch deutlich, daß die Bedeutung von Schule, Schullaufbahnen und Bildung endlich einen angemessenen gesellschaftlichen Widerhall findet. Dennoch muß man die gegenwärtige Entwicklung genauer in den Blick nehmen.

### Vorbereitung auf das Zusammenleben von Menschen

Es fällt auf: Die Aufgaben, die die Schule zu übernehmen hat, wachsen kontinuierlich an. Die Möglichkeiten der Schule aber, den Aufgaben entsprechend gerecht zu werden, nehmen kontinuierlich ab. Was ist gemeint? Die sich verändernden Familienbedingungen haben eine Delegation von Erziehungsaufgaben an die Schule zur Folge. Auffällig wird dies insbesondere im Bereich der sozialen Erziehung, der religiösen Erziehung und im gesamten Bereich der Betreuung. Sozialpädagogische Einrichtungen reichen beileibe nicht mehr aus, um die Konsequenzen aus dem Umbruch der Geschlechterrolle aufzufangen. So ist die Schule überhaupt noch nicht eingestellt auf frauenfreundliche Beschäftigungsverhältnisse. Der Umfang des Stundenplans und die Verlässlichkeit seiner Durchführung geben den betroffenen Müttern und Vätern häufig genug Anlaß zum Kummer.

Was für die Elementarpädagogik in den 70iger Jahren klassisch formuliert wurde, das gilt nun auch für die Schul-

pädagogik. Schule muß sich auf eine familienergänzende Funktion einstellen. Und es kommen noch weitere Bereiche hinzu, z.B. der gesamte Bereich der Prophylaxen. Zu ihnen gehören Gesundheitserziehung, Sexualerziehung, die Drogenprophylaxe, Bearbeitung von Vorurteilsbildungen, wie z.B. Ausländerhaß. Schule hat endlich auch vorzubereiten auf das Zusammenleben von Menschen in einer multikulturellen und multinationalen Gesellschaft. Und schließlich bekommt sie die Aufgabe, zur „Europatauglichkeit“ zu bilden. Die einen assoziieren damit Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt. Andere denken an eine Bereicherung durch die Begegnung mit fremden Kulturen und Traditionen.

Konfrontiert man diesen Katalog mit der aktuellen Schulpolitik der Länder, dann wird die Dramatik offensichtlich. Es ist ernsthaft zu fragen, ob ein Schulsystem, das seinen gesellschaftlichen Aufgaben nachkommen muß, noch finanzierbar ist. Immerhin wird schon jetzt sichtbar, daß die Einstellungspolitik den Aufgaben der Schule nicht mehr standhält. Der pädagogische Bedarf und das politisch Machbare gehen weit auseinander. Bildungspolitiker setzen ihre Hoffnung auf formale Interventionen. Es gibt eine neue Formel im Verfahrensbereich: mehr Schüler in einer Klasse bei gleichzeitiger Erhöhung der Lehrerstundenzahl und verringerter Wochenunterrichtszeit der Schüler. Die Verführbarkeit, mit dieser Formel zu arbeiten, ist groß.

Schule wird als ein betriebswirtschaftliches System verstanden, das man entsprechend vorgegebener Effizienzdaten flexibel gestalten kann. Auf diese Weise aber gerät Schule aus den Fugen, weil sie nicht mehr als Lebens- und Lernraum von Schülern und Lehrern verstanden wird. Wohin wird die Entwicklung gehen? Werden die Kernfächer noch mehr in den Mittelpunkt rücken und die übrigen Fächer als Ballast zurücktreten? Wird die Schule auch in Zukunft dem ganzheitlichen Lernen verpflichtet bleiben können? Kann sie noch dem Anspruch gerecht werden, alle Schüler mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten zu fördern? Welche Zugänge zur Wirklichkeit werden geöffnet, welche werden verschüttet?

### Zukünftige Gestaltung des Schulwesens

Sicher muß die Diskussion um die Schule und ihre Entwicklung von Realitätssinn begleitet sein. Die politischen Umbrüche der vergangenen Monate, insbesondere aber die Verpflichtungen, die den Ländern aus der Vereinigung der beiden deutschen Staaten entstanden sind, haben die finanziellen Ressourcen erschöpft. Allenfalls kontrollierte Offensiven sind im Schul- und Hochschulbereich möglich.

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß die gegenwärtige Situation sensibel für Veränderungen und Innovationen ist. Aus Sachsen kommt die Diskussion eines Zwei-Säulen-Modells herüber und belebt die bildungspolitische Diskussion insgesamt. Es ist zu hoffen, daß damit auch die parteipolitisch verhärtete Diskussion um die Schulreformdebatte aufgebrochen wird. Diese Debatte hat vermutlich der Entwicklung des Schul- und Bildungssystems mehr geschadet als geholfen. In einer Stellungnahme zur Bildungs- und Schulpolitik aus christlicher Sicht hat die Kammer der EKD für Bildung und Erziehung festgestellt:

Die „demokratische Gestaltung des Schulwesens 'unter Aufsicht des Staates' wird bedroht durch eine parteipoliti-

tisch bestimmte Besetzung pädagogischer Leitungsfunktionen und durch die parteipolitisch fixierte Durchsetzung bestimmter schulorganisatorischer Lösungen und inhaltlicher Vorgaben“.

Gesetzt den Fall, man könnte diesem analytischen Urteil zustimmen, welche Folgerungen wären dann zu ziehen? Ein Gedanke bietet sich an, nämlich schulpolitische und bildungspolitische Entscheidungen von einem vorgängigen gesellschaftlichen Konsens her zu definieren. Dafür ließe sich beispielsweise das Instrumentarium eines Bildungsrates der Länder wieder neu beleben. Das brächte einmal den Vorteil einer breiteren Akzeptanz in bildungspolitischen Entscheidungen. Zum anderen könnten parteipolitische Engführungen überwunden werden.

In diesem Kontext wird die evangelische Kirche dafür eintreten, daß allen Schulen die Vermittlung von Sachkenntnis und Lebenssinn aufgegeben ist. In diesem Sinne muß der Anspruch umfassender Bildung auch im berufsbildenden Bereich eingelöst werden und gegenüber einer auf berufliche Verwertbarkeit eng geführten Ausbildung durchgehalten werden (Landessynode der EKIR 1992). Besondere Aufmerksamkeit ist dabei jenen Schülerinnen und Schülern zu widmen, die für die Erwerbsarbeit wenig oder gar nicht qualifiziert erscheinen, bzw. denen, die im Bildungsprozeß benachteiligt sind. Wir kommen damit zur Problematik des Bildungsbegriffes. Aufseiten der Evangelischen Kirche ist die Diskussion um die Wiedergewinnung des Bildungsbegriffes intensiv geführt worden. Ein weitreichendes, in der Öffentlichkeit beachtetes Signal ging dabei von der Synode in Bethel 1978 aus. Das Leitthema dieser Synode lautete: „Leben und Erziehen – wozu?“ Die Frage nach dem „Wozu?“ ist die Frage nach der Dimension des Sinns. K. E. Nipkow sagte damals in seinem Eröffnungsvortrag: „Es bedrückt, daß wir so fragen müssen“. Er beklagte damals den Verlust von etwas Selbstverständlichem. Sodann wurde die Dimension der Bildung mit der Frage der Lebensverhältnisse verklammert. „Unsere Kinder finden uns vor: unsere Wertorientierungen, unseren Lebensstil, unser Engagement und unsere Gleichgültigkeit, unseren Glauben und unseren Unglauben“.

Die Lebenswelt von Gesellschaft und Kirche ist der jeweilige Erziehungsraum. Und darum werden die

Kinder fragen, welche Welt wir ihnen überlassen haben, welche Welt wir ihnen zum Leben gaben, welche Hoffnungen wir ihnen in Gedankenlosigkeit zerstört haben. Bildung ist also im umfassenden Sinn gekoppelt an einen Anspruch von Lebensführung und Lebensgestaltung.

Mit Bildung ist also jener Prozeß gemeint, der „Sachwissen und Selbstwissen, Qualifikationswissen und Orientierungswissen, ästhetische



**OKR Harald Bewersdorff:  
Schule als Lern- und Lebensraum von  
Schülern und Lehrern verstehen!**

Wahrnehmung, Intuition und Phantasie und die Fähigkeit zum Umgang mit technischen Mitteln“ umfaßt (Evangelisches Bildungsverständnis in einer sich wandelnden Arbeitsgesellschaft, EKD-Texte 37, Hannover/Bielefeld, 1991, S. 13). Gerade angesichts der Wandlung von Kindheit und Jugend muß man darauf drängen, daß die Vermittlung von Sachkenntnis und Lebenssinn Aufgabe der Schule bleibt. Dies soll nun an drei Konkretionen aufgezeigt werden.

- Kindheit und Jugend sind zunehmend zur Schulkindheit und Schuljugend geworden. Mehr als die Hälfte eines Jahrganges beendet erst mit 18 Jahren die Schulzeit. Die Verlängerung der Pflichtschulzeit und das Bedürfnis, hochwertigere Abschlüsse zu erlangen, haben zu einer Ausdehnung der Schulzeit geführt. Die Schulzeit hat sich horizontal weit in die Lebenszeit der Jugendlichen ausgedehnt. Diese horizontale Verlängerung scheint durch einen vertikalen Druck, nämlich eine höhere Beanspruchung der Schulzeit eines Tages, ergänzt zu werden. Dafür sprechen verschiedene Indikatoren, wie zum Beispiel die Frage der Schulzeitverkürzung,

die Einführung der generellen Fünf-Tage-Woche oder aber die Konkretionen eines Schulprogramms, wie Öffnung von Schule und Gestaltung von Schulleben. Es gibt zu denken, wenn Friedrich Schweitzer feststellt, daß das ungelöste Problem, das dieser Wandel von Kindheit und Jugend mit sich bringt, darin besteht, „daß sich die Schule nicht im selben Maße verändert hat. Schule bedeutet noch immer vor allem Unterricht. Sie bedeutet den zeitlich und sozial regulierten Umgang mit Büchern und Medien, nicht aber ein Angebot an Erfahrungen, wie sie Kinder und Jugendliche für ihre Entwicklung brauchen“.

- Jugend und Kindheit werden Fernsehjugend und Fernsehkindheit. Fundamental anders als früher war der Zugang zur Wirklichkeit gefunden. Vorgefertigte Bilder, Spielzeuge und Spielfelder ersetzen die natürlichen Erfahrungen. Perfekte gestylte Bilder gehen einher mit dem Verlust natürlicher Zugänge und originärer Begegnungen. Eine der wesentlichen Konsequenzen dieses Wandels besteht nun darin, daß sich auch die Lernwege der Kinder und Jugendlichen verändert haben. Ein vorsichtig aufbauender Lernweg, der kontinuierlich Lernen und Reifen verband und auf diese Weise schrittweise Geheimnis und Geheimnis entschlüsselte, ist notgedrungen abgelöst worden durch ein diskontinuierliches Lernen. Die Bilder des Fernsehens fragen nicht nach der Reife der Kormenten. So werden Kinder im Wissen frühreif gemacht, ohne daß ihre soziale und moralische Entwicklung dem Wissen standhalten kann.

Von Bedeutung ist ebenso ein Vorgang, der als die Synchronisierung der Lebenswelten von Kindern und Erwachsenen bezeichnet werden kann. Insbesondere in den Bildern des Fernsehens dringen Kinder tief in die Erwachsenenwelt ein. Sie werden mit deren Problemen und Fragen konfrontiert und erleben Selbstbilder von Erwachsenen, denen sie zuweilen ausgeliefert sind, ohne daß sie die Chance haben, sich zu distanzieren.

- Einschneidend für die Entwicklung der Jugendlichen ist die Bedeutung des sogenannten Individualismusphänomens. Gemeint ist jener Prozeß der subjektiven Freisetzung von



Individuen im Blick auf die von ihnen zu treffenden Lebensentscheidungen. Es gibt keinen Raum mehr, der für eigene Entscheidungen verschlossen ist. Weder Familie, noch Geschlecht, noch Zugehörigkeit zu Institutionen verschließen dem einzelnen die Möglichkeit zu eigenständigen und freien Entscheidungen. Der einzelne entscheidet, wann und an wen er sich bindet; welchen Beruf über welche Wege er findet; er ist verantwortlich geworden für die jeweilige soziale Lage, wie für den Grad der Beteiligung am Gesellschaftsprozess. Das ist die eine Seite!

## Verantwortliche Gestaltung

Die Kehrseite freilich wird dadurch definiert, daß nun auch gleichzeitig der Zwang zur Entscheidung und Gestaltung des Lebens gegeben ist. Es gibt nicht mehr die Möglichkeit, sich nicht zu entscheiden. Das Individualismusphänomen zeugt von einem Emanzipationsprozeß, durch den einzelne Subjekte freigesetzt werden, ohne daß sie z.B. für die freie Entscheidung gereift wären, d.h. daß ihr Urteilsvermögen soweit ausgebildet wäre, daß es den gesellschaftlichen Entscheidungsanforderungen gewachsen wäre. Für viele Jugendliche beginnt darum sehr bald eine neue Abhängigkeit, und zwar die von Jugendkulturen, von Trendsetzern, von Einsagern, von sogenannten „Göttern“, Idolen und vielen mehr.

Mir scheint, daß die gegebenen Hinweise schmerzhaft klarmachen, wie gegenwärtig gesellschaftliche Entwicklungsvorgänge und Bildungsplanungen asynchron verlaufen. Und das heißt, daß die Aufgabe, Sachkenntnis und Lebenssinn zu vermitteln, von der Schule nur noch dann geleistet werden kann, wenn dafür ausdrücklich Raum und Zeit und Beziehungsstrukturen ermöglicht werden. In diesen Kontext hinein fragt evangelische Bildungsverantwortung: „Leben und Erziehen – wozu?“ Sie fragt damit nach den Inhalten und den Orientierungsdaten, die unverzichtbar zur Schule gehören. Und sie möchte ferner unter Bezug auf das Evangelium ihren Beitrag dazu leisten, der Schule und dem Lernen in der Schule eine verantwortliche Gestaltung zu geben.

## Schule als Lebensraum

Vor diesem Hintergrund lassen sich nun die Äußerungen der EKIR zu Schul- und Bildungsfragen verstehen. Exemplarisch sind mir besonders jene Vorstellungen, die sich mit dem Thema beschäftigen: „Auf dem Weg zum Lebensraum Schule“. Gefragt wird danach, wie Schule Leben und Lernen miteinander verknüpfen kann, so daß Schule zum Lebensraum für Schüler gestaltet werden kann. Zum Lernen und Leben in der Schule gehören: „das Recht auf Unvollkommenheit, das Recht auf (Eigen-)Zeit, das Recht auf Gegenwart, das Recht auf Beziehungen, das Recht auf Hoffnungen“.

Wenn man Schule als Lebensraum versteht, dann wird diese Schule Raum geben für mutmachenden Umgang mit eigenen und fremden Unzulänglichkeiten. Sie wird Raum geben für ein sinnvolles und sinngestaltendes Zeiterleben. Sie wird Möglichkeiten eröffnen, in denen Schüler und Lehrer sich entfalten können. Und sie wird Gelegenheit geben für „beziehungsstiftendes Lernen und Erfahren von Ganzheit“. Und nicht zuletzt wird sie ermutigen zum Aufdecken und Entdecken von Wundern im Alltag.

In diesem Sinne fühlt sich die EKIR als Kirche zu einem „freien Dienst in einer freien Schule“ verpflichtet und ist bereit, ihren Beitrag einzubringen. Die Konsequenzen liegen deutlich auf der Hand. Den Eingriffen in die Schule im Sinne eines Krisenmanagements muß dann allerdings widersprochen werden. Den Schulen ist Gestaltungsfreiheit zu geben, ihnen ist Mut zu machen, die Gestaltungsaufgabe von Lernen und Leben im Schulhaus zu entdecken. Dazu gehört eine spezifische Grundausrüstung der Schule an Personal, Zeit und Material, ohne die Lernen in der Schule nicht mehr den allgemeinen Bildungsaufgaben gerecht wird. Bürokratische Entscheidungen sind nicht in der Lage, Schule zu erneuern.

Schule gewinnt Gestalt, wenn Eltern und Lehrer eingeladen werden, demokratische Schule zu gestalten. Die Teilhabe am Bildungsprozeß verbietet es, daß Schule lediglich zur Durchlaufstation beruflicher Bildung bzw. allgemeiner Abschlüsse wird. Politisch können deshalb nur jene Formen von Schule

Akzeptanz beanspruchen, die im Sinne einer guten Grundausrüstung dennoch nicht an ihrer Finanzierbarkeit scheitern. Keine Schulform ist um ihrer selbst willen da. Jeder Schulform ist die Aufgabe der Vermittlung von Sachwissen und Lebenssinn aufgegeben. Dieser Aufgabe sollte Zeit, Gediegenheit und Achtung entgegengebracht werden.

**Ann.:** Harald Bewersdorff ist Oberkirchenrat im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland.

## 33. EAK-Bundestagung Wittenberg 25./26. September 1992



**Stadtkirche St. Marien,  
Mutterkirche der Reformation,  
in der Martin Luther predigte.**

### „Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“

Unter diesem Motto findet die 33. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 25./26.9.1992 in Wittenberg statt.

Vorläufiges Programm:

#### Freitag, 25. September 1992

14.00 Uhr Pressekonferenz  
15.00 Uhr Bundesarbeitskreis  
19.00 Uhr Theologisches  
Abendgespräch

#### Samstag, 26. September 1992

vormittags Podiumsgespräche  
14.00 Uhr Kundgebung  
Bundeskanzler

#### Dr. Helmut Kohl

16.00 Uhr Schlußwort

Anmeldungen richten Sie bitte unter Angabe von Übernachtungswünschen an die EAK-Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1

# Hermann Ehlers – heute

Gottfried Mehnert

Im Jahre 1991 erschien der von dem Kieler Historiker Professor Karl-Dietrich Erdmann für die Hermann-Ehlers-Stiftung herausgegebene und mit einer Kurzbiographie eingeleitete Band von Reden, Aufsätzen und Briefen des Bundestagspräsidenten der Jahre 1950-54 und Gründers des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Hermann Ehlers.

Mir ist beim Studieren dieses ungewöhnlich interessanten Buches aufgefallen, daß es Hermann Ehlers in den wenigen Jahren seines politischen Wirkens verstanden hat, aus der Verantwortung heraus, in die er sich als bewußter evangelischer Christ gerufen wußte, nicht nur überzeugend in die unmittelbare Zeitsituation hinein zu sprechen, sondern daß er darüber hinaus Grundsätzliches zu sagen wußte, das auch heute gültig und beherzigenswert ist, nicht zuletzt auch im Blick auf die Situation in den neuen Bundesländern. Darum habe ich eine Anzahl noch heute aktueller Zitate ausgewählt, die in ihrer Vollständigkeit an anderer Stelle publiziert werden sollen. Hier nur eine Auswahl.

Wie aktuell sie sind, das ist mir nachdrücklich deutlich geworden durch zwei Briefe, die ich Anfang dieses Jahres aus Sachsen erhielt. Daran zwei Zitate: Eine Dresdner Ärztin und Kommunikationspolitikerin schrieb im Blick auf das Neue Jahr:

*Möge es für uns alle ein friedliches Jahr werden, in dem die Regierenden in Verantwortung für den Menschen und die Schöpfung ihre Entscheidungen treffen, auch in dem Wissen, ohne Gottes Hilfe und seine Kraft nichts ausrichten zu können. Dieses Wissen hatten – gerade in unseren neuen Bundesländern – die Kirchen in der Vorwendezeit vermittelt, sie sollten m. E. auch jetzt sich nicht zurückziehen, sondern wie zuvor aktiv auf die Hilfe verweisen, die heute mehr denn je nottut.*

Und aus einer sächsischen Kleinstadt sandte mir ein Kirchenvorsteher und Tankstellenbetreiber die folgenden, vielen Älteren bekannten Verszeilen von Johann Gottlieb Fichte (1762-1814):

*Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben  
An Deines Volk's Zusammensteh'n  
Laß diesen Glauben Dir nicht rauben  
Trotz allem, allem, was gescheh'n -  
Und handeln sollst Du so, als hinge  
Von Dir und Deinem Tun allein  
Das Schicksal ab der deutschen Dinge -  
Und die Verantwortung wär' Dein!*

Und dazu schrieb er: Ja, es ist schon etwas Großes, diese bewegte Zeit miterleben und wohl auch ein Stück mitgestalten zu dürfen. So ein Angebot hält die Geschichte nicht sehr oft parat. Das Risiko ist freilich groß und nicht jeder wird seinen Aufwendungen gemäß entlohnt werden. Wenn sich nur jeder seinen Kräften entsprechend beteiligen würde, kämen wir schneller voran. Nur – auch Erkenntnisse brauchen ihre Zeit.

Hierzu nun gleich das erste Zitat von Hermann Ehlers:

*Wir sind beim Neubeginn unseres politischen Weges 1945 nicht aus theoretischen Erwägungen, sondern aus praktischen in Not und Tod bewährten Erfahrungen zu der Überzeugung gekommen, daß es für uns keine andere tragfähige Grundlage unseres politischen Handelns geben kann als die Verantwortung vor dem Worte Gottes. Wir bekennen uns auch heute uneingeschränkt zu dieser Ansicht.*

Hermann Ehlers ging es um das Verhältnis von Glaube und Politik und dabei auch um das Verständnis des Christlichen darin:

*Theologen und Parteipolitiker sagen uns, es gebe keine „christliche“ Politik, keine „christliche“ Partei, keine „christliche“ Schule usw. Keiner von diesen Kritikern kommt damit an den Kern der Dinge heran... Jeder mag zur Kenntnis nehmen, daß uns an der Abstempelung einer Politik, einer Partei, einer Schule als „christlich“ gar nichts liegt, sondern daß es ausschließlich darauf ankommt, daß die Menschen, die in ihnen tätig sind, den Ruf und das Gebot Gottes für diese ihre spezielle Verantwortung hören und ernst nehmen. Und daß, da Christentum immer zur Gemeinde und Gemeinschaft drängt und aus der Isolierung herausführt, sie das gemeinsam tun wollen, ist ja wohl nicht gar so schwer einzusehen.*

Hermann Ehlers hatte es mit Teilen seiner evangelischen Kirche schwer, er litt geradezu darunter, daß Evangelische sich der politischen Mitverantwortung verweigerten:

*Wir haben im deutschen Protestantismus viel zu lange die Vorstellung gehabt, daß man zwar sehr leicht über Bürgermeister und Oberbürgermeister, über Ratsherren und Landtagsabgeordnete, über Staatssekretäre, Minister, Bundesminister und Bundestagsabgeordnete kritisieren könne, daß man aber das Vorrecht habe, sich von der Mitarbeit und dem Hineingehen in die gleiche Verantwortung peinlich fernzuhalten, um in Neutralität und Objektivität umso gründlicher darüber urteilen zu können.*

Es hat Hermann Ehlers erheblich gestört, daß man oft kirchlicherseits undifferenziert meinte, summarisch für alle und alles reden zu müssen:

*Sicher hat die Kirche in konkreten Fällen einzelner oder ganzer Gruppen auf Nöte hinzuweisen, die beseitigt werden können. Sie hat sich hier zum Anwalt der Armen und Elenden zu machen. Sie dient aber weder ihrer Aufgabe noch dem Staat, wenn sie ohne Konkretisierung im einzelnen summarisch so tut, als ob es nur Not und Entrechtung und nirgendwo Hilfe in Einzelfällen und für ganze Gruppen gäbe. Auch die Kirche hat nicht das Recht, so zu tun, als ob jeder Mensch stumm wäre und sie darum für alle reden müsse, ohne sich darum zu mühen, was im Einzelfall überhaupt geschehen kann oder bereits geschehen ist.*

Was man heute als „Parteienverdrossenheit“ karresiert, hat Hermann Ehlers schon früh auf den eigentlichen Punkt gebracht:

*Wenn wir von Demokratie reden, so ist es unerlässlich, daß wir die Parteien anerkennen und sie ernst nehmen. Wir können nicht das völlig theoretische Spiel betreiben: Parlament und Demokratie unter Vorbehalt ja, Parteien nein.*

Und der Opposition hielt er – bis heute bleibend gültig – entgegen:

*Es ist zu billig, zu sagen, was gut geworden sei, sei von allein geschehen, alles, was schlecht geworden sei, verantworte die Regierung. Es dient nicht dem Ansehen einer Opposition, wenn sie glaubt, mit derartigen Argumenten die Position der Regierung, die in einer schweren Aufbauarbeit steht, erschüttern zu können.*

Was Hermann Ehlers unter „konservativ“ verstand, hat er in prägnanter Kürze so gesagt:

Wenn man von Konservatismus spricht, so hat man die Wahl, Konserven zu erhalten oder eine Idee zu entwickeln. Das erstere darf uns keine Möglichkeit sein.

Den Journalisten schrieb er etwas ins Stammbuch, an das man auch heute gelegentlich erinnern dürfte:

Kein honoriger Sportberichterstatte wird seine Aufgabe darin sehen, nur über Zwischenfälle, Zusammenstöße und Fouls zu berichten. Auch bei einem Parlament kann nicht in dieser Form Bericht erstattet werden.

Was er zum Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat zu sagen hatte, können zwei kurze Zitate verdeutlichen:

Wir sollten uns einen Augenblick auch darüber Gedanken machen, daß dieselben Leute, die heute nach der Verminderung des Staatsapparates rufen, gleichzeitig ununterbrochen neue Forderungen an den Staat stellen und ihm Aufgabengebiete zuschieben, die ohne ihn und außerhalb seines Bereichs ebenso gut oder besser gelöst werden könnten.

Die Möglichkeit der verschiedenen Entscheidungen darf uns nicht der Gefahr zum Opfer fallen lassen, daß beim Christen eine innere Absetzung von der öffentlichen Verantwortung im Staat erfolgt. Römer 13 können wir nur richtig lesen, wenn wir uns ständig vor Augen halten: **Du bist der Staat.**

Es ist an den bisherigen Zitaten schon deutlich geworden, daß Hermann Ehlers klare ethische Akzente für das politische Handeln gesetzt hat. Dazu noch einige weitere knappe Stichworte:

Die ethische Existenz des modernen Politikers ist vielleicht die innerlich und äußerlich gefährdetste, die es gibt, weil er bei aller Weisung und allem Rat der Kirche letztlich dennoch allein vor Gott steht.

Wichtig war ihm die **Kompromißfähigkeit** in der Politik:

Wir kommen nur wieder zu einem echten Staatsbewußtsein, wenn wir den Kompromiß als politische Tugend in unser gesamtes Denken für den öffentlichen Bereich einordnen und bereit sind, diese Notwendigkeit des Kompromisses nicht nur dann zu bejahen, wenn es um die anderen geht, sondern auch um uns selbst.

Seine Vorstellung von **Toleranz** formulierte er so:

Die Behauptung, daß dem Politiker wie dem Theologen die Toleranz befohlen und daß diese Toleranz Indifferentismus sei, wird von uns nicht mehr hingenommen. Wir wünschen die Toleranz als die Respektierung der anderen Meinung von einem eigenen klaren Standpunkt aus zu verstehen, aber nicht als Nivellierung und Bagatellisierung von Glaubensunterschieden.

Seine **sozialethischen Grundsätze** sind in seiner biblischen Rückbindung verankert:

Alle soziale Arbeit lebt in den letzten Urgründen vom Glauben, und darum ist die Frage nach dem sozialen Frieden keine Frage der Taktik und Technik, sondern eine Frage der innersten Verantwortung in Staat und Wirtschaft. Sie ist beiden gestellt, und sie würden Wesentliches versäumen, wenn sie nicht zusammen an diese Aufgabe herangingen.

Eine Untugend seiner Landsleute hat Hermann Ehlers wiederholt kritisiert:

Wir haben in Deutschland die merkwürdige Veranlagung, daß wir jede Sache schnellstens erledigen müssen und uns und andern keine Zeit lassen.

Daß er dagegen von dem „langen Atem“ der Geschichte wußte und deshalb das Ziel der deutschen Wiedervereinigung nicht preisgab, zeigt das folgende visionäre Zitat:

Unsere Verantwortung für Deutschland ist mitten in allen Gegensätzen und Nöten also die, daß wir in jedem Bereich politischen Handelns dafür sorgen, daß zunächst die in unserem Staat lebenden Menschen so menschenwürdig, wie es überhaupt möglich ist, existieren können. Und unsere Verantwortung schließt ein, daß wir mit diesem Handeln in unserem Staat den Konzentrationsschwerpunkt schaffen, auf den sich alle Deutschen ausrichten können und der ihnen die Gewißheit gibt, daß eines Tages alle Deutschen in einem Staat ihr Leben wieder frei und lebenswert gestalten können.

Diese Perspektive der Hoffnung hat sich erfüllt. Ganz ähnlich sah er die Verantwortung für Europa:

Ich verstehe unsere Verantwortung für Europa so, daß jedes Volk, indem es die Maßstäbe seiner eigenen Existenz auch den

anderen zubilligt und zu garantieren bereit ist, einen Damm aufrichtet, an dem nationaler Egoismus seine Grenze findet, im gemeinsamen Interesse aller. Das heißt nicht Vermischung der Völker und ihrer Eigenarten, das heißt aber Abbau der Lattenhänge, die bisher Volk von Volk geistig und politisch geschieden haben, in der Erkenntnis, daß letztlich jedes Volk auch für seinen eigenen Bereich durch das Miteinander mehr gewinnt als durch das Nebeneinander, geschweige denn das Gegeneinander.

Hermann Ehlers sah die europäische Verantwortung Deutschlands nicht zuletzt auch darin, unablässiger Mahner zur europäischen Gesamtverantwortung zu sein, und dabei richtete sich – vor 40 Jahren! – sein Blick nach Osten:

Wir haben die Hoffnung, daß es den in diesem Raum lebenden Völkern irgendwann geschenkt ist, aus eigener Entscheidung zu Lebensformen zurückzukehren, die denen gleichen, die wir für freie europäische Völker für unerläßlich halten.

Soweit diese kurze Auswahl.

Dazu noch ein kurzes Schlußwort.

Hermann Ehlers hat sich, wie wir wissen, bewußt als Christ zur politischen Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland bekannt und sich auf den Boden dieses Staates gestellt, und er hat es nicht – wie andere seiner Glaubensbrüder – vorgezogen, vom Rande des politischen Geschehens her zu kritisieren – und anderen die Verantwortung zu überlassen. Auf ihn trifft zu – und er könnte es von sich gesagt haben – was ein anderer großer evangelischer Mann eine Generation vor ihm, der liberale Theologe Adolf von Harnack, zur Rechtfertigung seines politischen Engagements in der Zeit nach 1918 gesagt hat:

Archimedes konnte behaupten, daß er die Welt aus ihren Angeln heben werde, wenn man ihm einen Standort außerhalb der Welt ausfindig machen könnte – aber für das Vaterland kann man nicht wirken, wenn man lediglich einen kritischen Standpunkt außerhalb einnimmt, d.h. nichts für die Gegenwart; aber eben um diese handelt es sich; für die muß man tatkräftig Sorge tragen; denn der Ideologe wird kein Vaterland mehr vorfinden, das er nach seinem Plan formen kann, wenn er sich aus der Gegenwart zurückzieht.

# Militärseelsorge – Was ist strittig?

Martin Honecker

Die Militärseelsorge befindet sich in einem Überschneidungsfeld von Kirche und Staat. In den USA oder auch in Frankreich ist die Militärseelsorge völlig der Armee eingegliedert. Dienstvorgesetzte von Militärpfarrern sind in diesen Ländern militärische Vorgesetzte oder politisch Verantwortliche wie der Verteidigungsminister. Das entspricht auch der preußischen Tradition. Militärgeistliche gibt es erst, seitdem es stehende Heere gibt. In Brandenburg-Preußen wurden seit dem 17. Jahrhundert vom Landesherrlichen Kirchenregiment Feldprediger bestellt. Im 18. Jahrhundert wurde das Amt des Feldpropstes geschaffen, der unmittelbar dem König unterstellt war. Bis 1945 war der evangelische Feldbischof der Wehrmacht Staatsbeamter, der keiner Landeskirche zugeordnet war. Artikel 2 des „Militärseelsorgevertrages“ vom 22. Februar 1957 lautet hingegen: „(1) Die Militärseelsorge als Teil kirchlicher Arbeit wird im Auftrag und unter Aufsicht der Kirche ausgeübt. (2) Der Staat sorgt für den organisatorischen Aufbau der Militärseelsorge und trägt ihre Kosten.“

Dieser Regelung des Verhältnisses von Kirche und Staat in der Militärseelsorge entspricht dann deren organisatorische Struktur: Der Militärbischof ist nebenamtlich tätig. Er nimmt die kirchliche Dienstaufsicht über die Militärgeistlichen wahr. Militärgeistliche werden von den Landeskirchen auf 6 bis 8 Jahre freigestellt; sie bleiben in dieser Zeit Geistliche ihrer Gliedkirche. Als Bundesbeamte auf Zeit werden sie vom Staat besoldet. Für die organisatorische Betreuung der Militärpfarrer und die Unterstützung des

Militärbischofs zuständig ist das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr. Dieses Amt untersteht einerseits der kirchlichen Dienstaufsicht des Militärbischofs, ist aber andererseits, soweit es staatliche Verwaltungsaufgaben wahrnimmt, zugleich eine dem Bundesministerium der Verteidigung unmittelbar nachgeordnete Bundesbehörde.

Derzeit wird in dreifacher Hinsicht in der evangelischen Kirche Kritik an der Militärseelsorge und am Militärseelsorgevertrag vorgetragen. (Die paritätisch genauso organisierte katholische Militärseelsorge wird in der katholischen Kirche überhaupt nicht kritisch in Frage gestellt).

1.) Die Militärseelsorge wird prinzipiell abgelehnt, weil das Soldatsein mögliche Kriegsvorbereitung bedeute und deshalb mit dem Christsein für unvereinbar gehalten wird. Dies ist die Position eines prinzipiellen Pazifismus.

2.) Der Militärseelsorgevertrag wird abgelehnt, weil hier Kirche und Staat zusammenarbeiten. Man fordert dagegen die Beseitigung des Beamtenstatus der Pfarrer und die Umwandlung des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr in eine rein kirchliche Behörde. Diese Forderung verkennt jedoch, daß ein Staat, der Seelsorgern Zugang zu einem sensiblen Bereich ermöglicht (z.B. auf Schiffen, Flugplätzen, bei Soldaten im Ausland) auch erwarten kann, bei erkennbarer Illoyalität dem Betreffenden die Tätigkeit im militärischen Bereich untersagen zu können.

3.) Kritisiert wird schließlich die Praxis der Militärseelsorge etwa im lebenskundlichen Unterricht. Diese Kri-

tik übersieht, daß die Militärpfarrer einer Landeskirche zugeordnet bleiben und eine geistliche Dienstaufsicht besteht. Will man also die Durchführung der Militärseelsorge ändern, so ist dazu eine Änderung des Militärseelsorgevertrages nicht notwendig.

Bedacht werden sollte auch Folgendes:

– Mit dem Verzicht auf den Beamtenstatus verbunden ist der Verzicht auf staatliche Besoldung; die Kirche müßte zukünftig die Militärpfarrer aus der Kirchensteuer bezahlen

– auch dann wenn das Kirchensteueraufkommen geringer werden sollte.

– Die Vorstellung, Soldaten könnten am Sonntag in den Gottesdienst der Ortsgemeinden gehen, ist aus vielen Gründen illusorisch: Werden die Soldaten kommen? Werden die Dienstzeit – etwa auf einem Schiff – dies erlauben?

– Werden die Fragen der Soldaten in der Predigt aufgenommen werden? Gruppenseelsorge hat ihre eigenen Bedingungen. Sie muß vor Ort, mit den Betroffenen, auf ihre Weise geschehen. Das ist im Krankenhaus, unter Studenten, Seeleuten, Strafgefangenen, Polizisten anerkannt und üblich. Warum sollte es im Blick auf Soldaten anders sein?

– Die Folgen einer Kündigung des Militärseelsorgevertrages durch die evangelische Kirche sind unkalkulierbar. Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat könnten sich insgesamt verändern. Viele Soldaten werden möglicherweise auf Distanz zur Kirche gehen, weil sie ihren Beruf nicht akzeptiert sehen. Und wenn ein Vertrag im komplizierten Staatskirchenrecht aufgelöst wird, bestandsfest sind dann andere Verträge?

**Ann.:** Prof. Dr. Martin Honecker lehrt an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn. ■

## Erster gesamtdeutscher Katholikentag

**Bonn.** Der erste gesamtdeutsche Katholikentag nach 36 Jahren findet vom 17. bis 21. Juni in Karlsruhe unter dem Motto „Eine neue Stadt entsteht – Europa bauen in der einen Welt“ statt. Es werde mit 40 000 Dauergästen gerechnet, erklärte die Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Rita Waschbüsch, gestern in Bonn.

## CDU-Politiker Hoffmann in nordelbischer Kirchenleitung

**Rendsburg.** Die Synode der nordelbischen evangelischen Kirche hat auf ihrer am Samstag beendeten Tagung in Rendsburg die neue Kirchenleitung gewählt. Den Sprung in das höchste Leitungsgremium Nordelbiens schaffte auch der CDU-Politiker und ehemalige Oppositionsführer im Kieler Landtag, **Heiko Hoffmann** (56), aus Bad Schwartau.

## Zum Tod des Journalisten Karl-Alfred Odin

Der wenige Monate vor seinem 70. Geburtstag am 12. Februar in Hanau verstorbene langjährige Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ war viel zu bescheiden, daß er jemals von „seiner“ Botschaft gesprochen hätte. Vielmehr war es sein Bestreben, das Wort der Bibel so in die Sprache der Menschen unserer Zeit zu übersetzen, daß sie in der Heili-

gen Schrift des Alten und Neuen Testaments sowie dem Gottesdienst auch heute noch die entscheidende Quelle geistlicher und ethischer Orientierung sehen. Mit seinen Beiträgen glied er einem Prediger, der die Frohe Botschaft des Evangeliums im Medium der säkularen Tageszeitung verkündigt. Der missionarische Charakter seiner Texte war so gewollt und entwickelte sich zum Markenzeichen dieses in der christlichen Publizistik einmaligen Journalisten. ■

**40  
JAHRE  
EAK**



**Der EAK-Bundesvorstand 1992 (jeweils von links nach rechts):**

- 1. Reihe: Dr. Werner Dollinger, Friedrich Vogel, MdB, Dr. Volkmar Köhler, MdB, Albrecht Martin
- 2. Reihe: Dr. Gottfried Müller, Michaela Geiger, MdB, Brigitte Schütze, Christine Lieberknecht, MdL, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB
- 3. Reihe: Dr. Hans Geisler, Birgit Heide, Peter Hintze, MdB, Dr. Hedda Meseke, MdB, Lothar de Maiziere
- 4. Reihe: Dr. Ingo Friedrich, MdEP, Hans Bleckmann, Horst Gaede, Klaus Weigelt, Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL
- 5. Reihe: Arnulf Borsche, Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski, Marlies Radke, Gustav Isernhagen, MdL, Dr. Friedrich Menke, Uwe Wienholz

## Aus unserer Arbeit

### Absage an Fundamentalismus im Christentum

**Bonn.** Eine stärkere Auseinandersetzung mit dem Fundamentalismus ist nach Ansicht des Tübinger katholischen Theologen **Hans Küng** dringend erforderlich. Beim Bonner Theologischen Gespräch des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, zu dem Bundesvorsitzender **Peter Hintze** 400 Teilnehmer begrüßen konnte, warnte er besonders vor religiösem Fundamentalismus, wie er sich im iranischen Mordaufruf gegen den Schriftsteller Salman Rushdie und in dem Konflikt der katholischen Kirche mit dem Paderborner Theologen Eugen Drewermann zeigte. Küng, dem die katholische Kirche 1979 die Lehrbefugnis entzog und der seitdem Direktor des Instituts für ökumenische Forschung in Tübingen ist, sagte, er habe am eigenen Leib erfahren, „was es heißt, psychisch verbrannt zu werden.“

Einem Fundamentalismus, der sich mit der politischen Macht oder der geistlichen Gewalt verbünde, sei entschiedener Widerstand entgegenzusetzen, forderte Küng. Zugleich warnte er die Kirchen vor „fauler Anpassung an den Zeitgeist“. Eine Kirche, die nicht Nein sagen könne, würde zwangsläufig ihr Profil verlieren. Die großen Kirchen müßten einen „Weg zwischen einem Modernismus ohne Fundament und einem Fundamentalismus ohne Modernität, einen Weg zwischen Laschheit und Aggressivität“ finden. Nur so könnten sie einen Beitrag zum Religions- und damit auch zum Weltfrieden leisten.

Die Parteien forderte Küng auf, „die religiöse Dimension im Menschen“ ernster zu nehmen. Bei den meisten Konflikten zwischen Völkern und ethnischen Gruppen spiele die Religion eine große Rolle. Der Golfkrieg wäre seiner Auffassung nach vielleicht zu verhindern gewesen, wenn man die Golf- und die Palästinafrage, die seit Jahrzehnten das Verhältnis der westlichen zur arabischen Welt vergifte, früher ernstgenommen

hätte. Auch die Europäische Gemeinschaft habe im Konflikt zwischen dem orthodoxen Serbien und dem katholischen Kroatien die religiöse Dimension zu spät erkannt, so Küng. Religion sei eine Größe, die man nicht ungestraft vernachlässigen könne.

(aus: epd)



Prof. Dr. Hans Küng

„Die Faszination des Übersinnlichen – New Age- Esoterik – Okkultismus – Irrlichter auf dem Weg in den Abgrund oder Wegbereiter einer erneuerten Menschheit?“

**Bad Marienberg.** Zu diesem Thema sprach vor ca. 350 meist jugendlichen Zuhörern in der bis auf den letzten Platz besetzten Stadthalle Bad Marienberg, Herr Pfarrer **Ulrich Parzany**, Generalsekretär des Christlichen Vereins junger Menschen, Kassel.

Nach einer Kurzpräsentation des heute „Gängigen“ durch den Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Westerrwald, Dr. med. **Heinz Jürgen Fischbach**, anhand eines Verlagskatalogs und einer Fernsehzeitschrift beleuchtete der Referent die drei Zeiterscheinungen New Age – Naturreligion – Satanismus vom biblischen Hintergrund her. Hinter diesen z.T. abgründigen Phänomenen verberge sich laut Pfarrer Parzany die Sehnsucht des Menschen nach der verlorengegangenen Ganzheit, d.h. nach heilen Beziehungen zu Gott, zum eigenen Ich, zum Ehepartner und zum Mitmenschen. Dieses Motiv hätten die Christen ernst zu nehmen.

### EAK der CDU-NRW Jubiläumsveranstaltung „40 Jahre EAK“

Montag, 16. März 1992, 19.30 Uhr  
Siegerlandhalle, Artriumsaal, Koblenzer Str. 151, 5900 Siegen

19.30 Uhr  
Empfang im Restaurant

20.00 Uhr  
Begrüßung durch den EAK-Landesvorsitzenden der CDU-NRW

**Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL**  
Landtagsvizepräsident, Düsseldorf

20.15 Uhr  
Gespräch

mit: **Peter Beier**  
Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf  
**Peter Hintze, MdB**, Bonn

Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU  
Parlamentarischer Staatssekretär im BM für Frauen und Jugend

Informationen unter: 02 28/5 44-302

### Einladung 19. Bonner Theologisches Gespräch

Donnerstag, 7. Mai 1992, 19 Uhr  
Konrad-Adenauer-Haus, Kleiner Saal, Bonn 1

„Fragen feministischer Theologie“  
mit: **Prof. Dr. Dorothea Wendebourg**, Göttingen

### Einladung Gründungsversammlung des EAK-Sachsen-Anhalt

24. April 1992, 17 Uhr  
Landtag, Domplatz 6/7, Magdeburg

**Informationen:**  
Jürgen Scharf, MdL  
Landtag, Magdeburg, Tel. 03 91/3 38 95

### 4. EAK-Deutschland-Forum „Entwicklung in der Heimat statt Asyl in der Fremde“

Samstag, 16. Mai 1992, 10-17 Uhr  
Bürgerhaus Südbahnhof, 6000 Frankfurt (Sachsenhausen)

10.15 Uhr Begrüßung und Eröffnung  
**Peter Hintze, MdB**  
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

10.30 Uhr Vortrag  
**Volker Rühle, MdB**, Generalsekretär der CDU Deutschlands  
Aussprache mit Plenum

13.00 Uhr Gesprächsrunden  
1: Ursachen und Perspektiven der Migration in der Welt  
2: Unser Kampf gegen Hunger und Not  
3: Unser Kampf gegen die ökologische Verwüstung  
4: Unser Kampf gegen Wirtschafts- und Handelsgrenzen

16.00 Uhr Unser Konzept – politische Lösungsvorschläge  
**Bundesminister Carl-Dieter Spranger, MdB**, Bonn (angefragt)

**Zum Schutz des ungeborenen Lebens**

**Schriesheim.** Ende des Jahres fand in Schriesheim eine Versammlung des EAK mit dem aktuellen Thema „Abtreibung – warum denn nicht“ statt. Referent war Pater **Suitberd Jasper** von der Benediktiner-Abtei, Stift Neuburg, Heidelberg. Professor **Dr. H. Arndt**, begrüßte zahlreiche Besucher, u. a. den Landesvorsitzenden des EAK, Professor **Dr. Pawlowski**, und den Vorsitzenden des Evangelischen Kirchengemeinderates, **Dr. Nobeling**.

**Elite verstärken**

**Siegen.** Ziel einer offenen Mitgliederversammlung, zu der der Evangelische Arbeitskreis Siegen-Wittgenstein zusammen mit dem CDU Stadtverband Siegen und der Jungen Union eingeladen hatte, war es, einen Beitrag zum wirksamen Schutz für ungeborene Kinder zu leisten.

Zum Auftakt der Veranstaltung stellte die Harbacher Bildhauerin **Marlies Hof** ihre Werke vor. Die Künstlerin kämpft seit Jahren auf ihre Art für das Lebensrecht der Ungeborenen, indem sie Plastiken und Skulpturen aus verschiedenen Materialien schafft.

In den anschließenden Statements verwies die Landtagsabgeordnete **Gudrun Reinhard** darauf, daß sich in den vergangenen Jahren eine große Sensibilität für Umweltfragen entwickelt habe. So stellen kommunale Haushalte Mittel bereit, um möglichst jeden Baum zu erhalten. Anders sei dagegen das Engagement, wenn es darum gehe, Mütter in schwierigen Situationen zu helfen.

Eine verantwortungsvolle Familienplanung und Empfängnisverhütung forderte **Paul Breuer**: „Für mich gilt das Gottesgebot: Du sollst nicht töten“. Er wertete die Fristenregelung als gesetzeswidrig. Breuer wies darauf hin, daß in dem neuen Gesetz, das bis Ende 1992 verabschiedet werden müsse, nicht die Strafe,

sondern der Schutz des ungeborenen Lebens im Vordergrund stehen müsse. Aus diesem Grund komme auch der Pflichtberatung der Mütter mit dem Angebot konkreter Hilfe eine große Bedeutung zu. „Die in der Konfliktsituation stehende Frau darf nicht allein bleiben“, erklärte Breuer.

**Evangelischer Arbeitskreis Niederrhein wählte neuen Bezirksvorstand**

**Mönchengladbach.** Die Delegiertenversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU wählte auf ihrer Tagung in der Kaiser Friedrich Halle den Mönchengladbacher **Joachim Roeske** zum neuen Bezirksvorsitzenden. Stellvertreter wurden **Marlene Bork** (Viersen) und **Wolfgang Hemkens** (Wesel), als Beisitzer wurden gewählt der Mönchengladbacher **Günter Krings**, **Heidi Stehlich** (Neuß), **Emmi Schulze** (Viersen), **Udo Gewitsch** (Neuß), **Dr. Jürgen Smits** (Wesel), **Walter Rohrbach** (Krefeld), **Beate Zielke** (Krefeld), **Peter Hohl** (Kleve). Der neue Vorsitzende Joachim Roeske dankte dem nicht mehr kandidierenden Bezirksvorsitzenden Peter Hohl für seine bisherige Arbeit. Peter Hohl ist stellvertretender EAK-Landesvorsitzender. Unter anderem befaßten sich die Delegierten mit der Denkschrift der EKD zum Thema „Gemeinwohl und Eigennutz“.

**Politische Einigung in Europa**

**München.** CSU-Generalsekretär **Huber** diskutierte mit dem EAK-Bezirksvorstand Oberbayern über eine bessere Einbindung und Vertretung des EAK in der CSU.

Zentrales politisches Stichwort war „Europa“. Dabei wurde die Notwendigkeit einer politischen Einigung in Europa und einer stabilitätsorientierten Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems mit einer Europäischen Zentralbank und Europäischer Währung unterstrichen.

Ausdrücklich dankte CSU-Generalsekretär Huber dabei dem EAK-Bezirksvorsitzenden **Rolf Picker** für seinen Einsatz.

**Weiterentwicklung in Osteuropa**

**Starnberg.** **Monika Hohlmeier Mdl.**, Tochter von Franz Josef Strauß, sprach auf der Bezirksversammlung des EAK Oberbayern über Europa im Umbruch und diskutierte mit den Teilnehmern über ihre Zukunftsvorstellungen von der Weiterentwicklung in Ost- und Westeuropa. Da der Bezirksvorsitzende **Rolf Picker** bei der letzten Europawahl für das Europaparlament kandidierte, hat sich der EAK-Bezirksverband Oberbayern diesem Thema besonders verschrieben.

Zuvor hat die Bezirksversammlung **Manfred Schmidt** (Kirchheim) im Rahmen einer Nachwahl zum zweiten Stellvertreter gewählt. Die Spitze des Bezirksverbandes Oberbayern besteht nunmehr aus dem Bezirksvorsitzenden Rechtsanwalt **Rolf Picker**, der ersten Stellvertreterin **Christina Rösler** (Waldkraiburg) und dem zweiten Stellvertreter **Manfred Schmidt** (Kirchheim), der auch die Funktion des Pressesprechers hat.

Außerdem hat der Landesvorstand des EAK in Bayern als Vertreter von Oberbayern auf Wunsch von **Picker** Frau **Gisela Vasatko** und **Klaus Zickenheiner** (Rosenheim) kooptiert sowie Herrn **Hans-Wolfgang Vieweger** (Bernau) zum Landeskassenprüfer berufen.

**Soziale Marktwirtschaft im wiedervereinigten Deutschland**

**Pinneberg.** Parallelen – die schwierigen Anfänge der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik 1949 – 1953 und in den neuen Bundesländern 1990 bis... zog der frühere NDR-Intendant **Räucher** in der Pinneberger Drostei.

Zu dieser Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Hermann-Ehlers-Akademie Hamburg hat auch der EAK der CDU im Kreis Pinneberg eingeladen.

**Räucher** bezeichnete es rückblickend als einen Glücksfall in der deutschen Geschichte, daß in der Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland Persönlichkeiten von beachtlicher Qualifikation da waren, die

die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft vorgedacht und in der entscheidenden Phase aufgegriffen und umgesetzt hätten. Im Vergleich der Einführung der Soz. Marktwirtschaft 1949-1953 und den heutigen Schwierigkeiten in den neuen Bundesländern erinnerte **Räucher** an die auch damals vorhandenen Probleme, die zu überwinden waren und härter gewesen wären als die heutigen in den neuen Bundesländern.

**Ein beispielhafter kirchlicher Dienst**

**Marburg.** „Aufgaben und Chancen der Militärseelsorge“ war das Thema, über das Militärdékan **Gerhard Pröbß** (Diez/Lahn) vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU Marburg-Biedenkopf sprach. Pröbß bezeichnete die Militärseelsorge als einen beispielhaften kirchlichen Dienst und zitierte in diesem Zusammenhang den jüngst verstorbenen Bischof **Gernot Jung** (Kassel), der die Militärseelsorge „einen Friedensdienst der Kirche an wichtiger Stelle“ genannt hat. Die Militärseelsorge zeichne sich dadurch aus, daß sie zu den Soldaten hingehe, sie an ihrem Arbeitsplatz begleite und mit ihnen die Situation teile. Die evangelische Kirche forderte Pröbß auf, den Erfahrungsschatz zu nutzen, den die Militärseelsorge mit dieser „Geh-hin-Struktur“ gesammelt habe. Darin sah Pröbß auch die Chance, junge Männer zu erreichen, die seit ihrer Konfirmation keinen Pfarrer mehr gesehen haben und die in den Kirchengemeinden nicht erreicht werden. Pröbß nannte auch Beispiele dafür, daß sich gerade Rekruten aus den neuen Bundesländern und ehemalige NVA-Offiziere interessiert zeigen.

Dem aus östlichen Gliedkirchen gegen die Militärseelsorge gerichteten Vorwurf zu großer „Staatsnähe“ stellte der Vorsitzende des EAK Marburg, Dr. **Gottfried Mehnert**, die Frage gegenüber, ob mit diesem Vorwurf nicht die Qualität des freiheitlichen demokratischen Staates verkannt wird. In diesem Zusammenhang beklagte er auch das neuerliche Distanzverhalten gegenüber Militärseelsorge und Bundeswehr in Bereichen der westlichen Gliedkirchen der EKD und forderte ein unverkrampftes Verhältnis zum seelsorgerlichen Dienst an den Soldaten.

# Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Parlamentarischer Staatssekretär Peter Hintze, MdB ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

Bonn

## Aus dem Inhalt:

40 Jahre EAK der CDU/CSU Protestantisches Profil in ökumenischer Offenheit	1
Die Hochschulen – eine Investition für die Zukunft	2
Ausbildung heute – Perspektiven für morgen Zukunftsorientierte Bildungspolitik in Europa	5
Zur Situation der Schule – Aus kirchlicher Sicht	7
Herman Ehlers – heute	10
Militärseelsorge – Was ist strittig?	12
Aus unserer Arbeit	14

## Unsere Autoren:

Parl. Staatssekretär  
Peter Hintze, MdB  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
5300 Bonn 1

Minister  
Klaus von Trotha, MdL  
Königstr. 46  
7000 Stuttgart 1

Parl. Staatssekretär  
Dr. Norbert Lammert, MdB  
Heinemannstr. 2  
5300 Bonn 2

Oberkirchenrat  
Harald Bewersdorf  
Hans-Böckler-Str. 7  
4000 Düsseldorf

Dr. Gottfried Mehnert  
Dörfflerstr. 4  
3550 Marburg

## EAK-Bundestagungen

(Auswahl)

**März 1952, Siegen**

„Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland“

**Juni 1954, Wuppertal**

„Das Evangelische Verständnis von Staat und Politik“

**Oktober 1956, Berlin**

„Herausforderungen unserer Zeit“

**Juni 1958, Essen**

„Wiedervereinigung – Verteidigung – Europa“

**Mai 1965, Bonn**

„Verantwortung für Deutschland“

**März 1968, Stuttgart**

„Unsere Demokratie zwischen gestern und morgen“

**September 1973, München**

„Wie wir morgen leben wollen“

**März 1976, Stuttgart**

„In Glaube und Freiheit verpflichtet“

**Mai 1977, Siegen**

„Die Freiheit verantworten – Herausforderung an uns Christen“

**Februar 1984, Wuppertal**

„Barmen heute – Der evangelische Christ im Staat  
des Grundgesetzes“

**April 1986, Hannover**

„Um der Menschen willen –  
Evangelische Christen und die Soziale Marktwirtschaft“

**März 1990, Wuppertal**

„Freiheit und Einheit – Zukunft für Deutschland“

**April 1991, Berlin**

„Das vereinte Deutschland – Chance und Aufgabe“

**25./26. September 1992, Wittenberg**

„Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“

Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises:  
Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers (März 1952 – Oktober 1954)  
Dr. Robert Tillmanns (November 1954 – November 1955)  
Dr. Gerhard Schröder (Dezember 1955 – April 1978)  
Prof. Dr. Roman Herzog (April 1978 – Februar 1984)  
Albrecht Martin (Februar 1984 – März 1990)  
Peter Hintze (März 1990 – heute)